

FREIBERUFLER-TICKER vom 11. September 2026

1. BFB und DKV vereinbaren Partnerschaft

Der BFB und die Deutsche Krankenversicherung (DKV), ein Unternehmen der ERGO Gruppe, arbeiten im Rahmen einer Marketingkooperation zusammen. Die DKV ist nunmehr „Partner der Freien Berufe“. Die Zusammenarbeit knüpft an die langjährige Erfahrung der DKV mit freiberuflichen Berufsgruppen an und rückt deren besondere Anforderungen an eine verlässliche Gesundheitsversorgung in den Fokus.

2. Einladung zum „Tag der Freien Berufe“

Am 29. September 2026 wird im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel der diesjährige europäische „[Tag der Freien Berufe](#)“ stattfinden. Die halbtägige Konferenz steht unter der Überschrift „Preparedness in the EU: the role of the liberal professions“. Durch die Förderung des Dialogs und den Austausch von Fachwissen zielt der „Tag der Freien Berufe“ 2026 darauf ab, den Beitrag von Freiberuflerinnen und Freiberuflern als Schlüsselakteure zur Stärkung der Resilienz Europas bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen hervorzuheben. Der BFB ist am diesjährigen „Tag der Freien Berufe“ erneut stark vertreten. Neben BFB-Vizepräsidentin Dr. Karin Hahne, Präsidiumsmitglied des Verbandes Freier Berufe in Hessen, wird auch BFB-Vizepräsident Dr.-Ing. Heinrich Bökamp, Präsident der Bundesingenieurkammer, an der Konferenz teilnehmen. Die Konferenz wird in einem hybriden Veranstaltungsformat durchgeführt und kann daher sowohl vor Ort in Brüssel als auch per Videostream verfolgt werden.

3. BIG BANG KI Festival kürt Berlin erneut zur KI Hauptstadt

Vom 16. Bis 17. September 2026 öffnet das [BIG BANG KI Festival](#) in der STATION Berlin seine Tore und vereint nach Veranstalterangaben rund 11.000 Gäste sowie mehr als 350 Sprecherinnen und Sprecher aus Wirtschaft, Technologie, Gesundheitswesen und Politik. Das Format kombiniert eine KI-Messe mit einer praxisnahen Konferenz für Entscheiderinnen und Entscheider. Mit dabei ist BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki: Er hält am 17. September eine Keynote unter dem Titel „Wettbewerbsvorteil Vertrauen - was bleibt und was kommt im KI-Zeitalter?“.

4. Bundeswehr richtet zentrale Ansprechstelle für Reserveangelegenheiten ein

Die Bundeswehr nahm Ende August eine [zentrale Ansprechstelle für die Reserve](#) in Betrieb. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erhalten dort künftig Informationen und Unterstützung rund um den Reservistendienst aus einer Hand. Ziel ist es, Kommunikationswege zu verkürzen, Zuständigkeiten transparenter zu gestalten und Anfragen schneller zu bearbeiten. Für die Freien Berufe kann das neue Angebot insbesondere dort relevant sein, wo Beschäftigte oder Praxisinhaberinnen und -inhaber Reservistendienst leisten. Die Ansprechstelle ist per Hotline und E-Mail sowie über Kontaktformulare erreichbar; weitere Serviceleistungen sollen bis Anfang 2027 schrittweise ausgebaut werden.

5. BZSt startet Befragung zur betrieblichen Altersversorgung

Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) hat aktuell eine Befragung zur Evaluierung des Förderbetrags für die betriebliche Altersversorgung (bAV-Förderbetrag) nach § 100 EStG gestartet. Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz wurde der Förderbetrag 2018 eingeführt, um Arbeitgeber zu motivieren, Beschäftigte mit geringem Einkommen beim Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge zu unterstützen. Nun überprüft das Bundesministerium der Finanzen (BMF),

inwieweit dieses Ziel erreicht wurde und wie sich die Regelung in der Praxis bewährt hat. Unternehmen und Anwender sind eingeladen, ihre Erfahrungen und Einschätzungen in die Evaluation einzubringen. Die Teilnahme an der Umfrage ist bis zum 30. Oktober 2026 möglich. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Teilnahme finden Sie [hier](#).

6. Fraktionsübergreifende Kritik am ZIM-Antragstopp

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestags kam am Abend des 8. September 2026 im Anschluss an die Plenarsitzung zu einer Sondersitzung zusammen. Neben anderen Themen stand auch der Antragstopp beim Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) auf der Tagesordnung. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte Anfang Juli einen Antragstopp verhängt, weil die Zahl der Anträge die verfügbaren Mittel überstieg. Für den Haushalt 2027 sind aktuell rund 539 Millionen Euro für das Programm eingeplant, nach 558,4 Millionen Euro in diesem Jahr. Wie „Heute im Bundestag“ am 9. September 2026 [berichtete](#), bewerteten die Abgeordneten fraktionsübergreifend sowohl den Antragstopp als auch die geplante Kürzung als falsches Signal an den Mittelstand. Allein in diesem Jahr gab das ZIM grünes Licht für rund 3.000 neue Projekte. Über die geplanten Kürzungen wird nun in den anstehenden Haushaltsberatungen weiter beraten. Auch der BFB hatte den befristeten ZIM-Antragsstopp am 30. Juli in einem FAZ-Beitrag kritisiert.

7. Erster Termin des „Sommers der Berufsausbildung“ in Niedersachsen

Am [7. September 2026](#) besuchten Martina Machulla MdL sowie Vertreterinnen und Vertreter des BFB und des Verbands der Freien Berufe im Lande Niedersachsen das [Pneumologicum](#) in Hannover und tauschten sich mit Auszubildenden sowie Praxisinhaber Dr. Martin Hoffmann aus. Der Termin fand im Rahmen der jährlichen Aktion „[Sommer der Berufsausbildung](#)“ der Allianz für Aus- und Weiterbildung statt, an der der BFB als Partner mitwirkt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die vielen Perspektiven, die mit einer Ausbildung zur Medizinischen Fachangestellten verbunden sind. Die Runde diskutierte auch, wie kleinere Praxen eine ebenso umfassende Ausbildung wie größere Einrichtungen gewährleisten können.

8. BIBB-Umfrage für Ausbildungspersonal

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ruft Ausbilderinnen, Ausbilder und andere Personen in der betrieblichen Ausbildung dazu auf, an einer Umfrage zur Ausbildungspraxis teilzunehmen. Dabei soll ermittelt werden, vor welchen Herausforderungen das Ausbildungspersonal im Alltag steht und welche Informationen, Materialien und Unterstützungsangebote besonders hilfreich sind. Die Ergebnisse sollen direkt in die Weiterentwicklung der BIBB-Reihe „Ausbildung gestalten“ einfließen und dazu beitragen, die betriebliche Ausbildung praxisnäher und zukunftsfähiger zu machen. Die Teilnahme ist über diesen [Link](#) möglich, dauert etwa zehn bis 15 Minuten und kann bis zum 5. Oktober 2026 erfolgen.

9. Fachkräftelücke könnte bis 2029 deutlich wachsen

Bis 2029 könnten in Deutschland rund 723.000 Fachkräfte fehlen – 47 Prozent mehr als 2024. Das zeigt eine neue Arbeitsmarktforschung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die am 7. September 2026 [veröffentlicht](#) wurde. Besonders schwierig dürfte es werden, Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung zu finden. Auch in der Bauplanung und -überwachung, einem für die technischen Freien Berufe wichtigen Tätigkeitsfeld, rechnet das IW mit einer Lücke von rund 15.000 Expertinnen und Experten. Die Untersuchung schreibt die Trends der Jahre 2018 bis 2024 fort und zeigt, wie sich der Arbeitsmarkt entwickeln könnte, wenn diese anhalten. Die Ergebnisse unterstreichen, dass der Fachkräftemangel trotz zwischenzeitlicher Entlastungen eine

strukturelle Herausforderung bleibt. Für die Freien Berufe hatte eine Sonderauswertung der BFB-Konjunkturumfrage Winter 2025, veröffentlicht im März 2026, rund 187.000 unbesetzte Stellen und damit verbundene jährliche Umsatzverluste von etwa 14,3 Milliarden Euro ergeben.

10. BMAS vergibt Forschungsauftrag zu Arbeitskräftepotenzialen durch KI

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [veröffentlichte](#) am 8. September 2026 eine Ausschreibung für den Forschungsauftrag „Arbeitskräftepotenziale durch Digitalisierung und KI inklusiv nutzen“. Bewerben können sich Wissenschaftseinrichtungen, Hochschulen und Forschungsinstitutionen; auch eine Leistungserbringung im Konsortium ist möglich. Untersucht werden soll, wie digitale Technologien und Künstliche Intelligenz (KI) dazu beitragen können, Menschen mit altersbedingten, kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen länger im Arbeitsleben zu halten oder zu integrieren. Im Fokus stehen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), deren Bedarfe untersucht und die in die Projektumsetzung einbezogen werden sollen. Bewerbungsfrist für den Teilnahmewettbewerb ist der 30. September 2026.

11. BMAS fördert Forschungsprojekte zum KI-Einsatz in Unternehmen

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [informierte](#) am 3. September 2026 über eine neue Förderrichtlinie zum produktiven und beschäftigungsorientierten Einsatz Künstlicher Intelligenz in Wirtschaft und Arbeit. Vorhabenanträge können Forschungseinrichtungen einreichen. Gefördert werden Projekte, die Unternehmen und ihre Beschäftigten bei konkreten KI-Vorhaben unterstützen oder den Zusammenhang von KI, Produktivität und Arbeitswelt wissenschaftlich untersuchen. Die Unterstützungsangebote sollen insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zugutekommen. Anträge können bis zum 14. Oktober 2026 eingereicht werden.

12. Ergebnisse der PISA-Studie 2025 vorgestellt

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellte am 8. September 2026 die Ergebnisse der [PISA-Studie 2025](#) vor. Die Befunde zeigen, dass Deutschland bei der Stärkung von Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit vor immensen Herausforderungen steht. Es gibt deutlichen Handlungsbedarf: Zu viele Jugendliche erreichen nicht die erforderlichen Basiskompetenzen, zugleich bleibt der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Im Mittelpunkt von PISA 2025 standen die naturwissenschaftlichen Kompetenzen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler. Daneben wurden die Kompetenzen im Lesen und in Mathematik erhoben. Deutschland erreicht in den Naturwissenschaften 486 Punkte (OECD-Schnitt: 482), im Lesen 465 (OECD: 461) und in Mathematik 464 (OECD: 463) und liegt damit in allen drei Kompetenzbereichen nur noch im OECD-Durchschnitt. Zwar liegt Deutschland im Vergleich zu den anderen Staaten der Europäischen Union (EU) in den Naturwissenschaften und im Lesen leicht über dem Durchschnitt (EU-Schnitt: 476 beziehungsweise 451), in Mathematik wird jedoch ebenfalls nur europäisches Durchschnittsniveau erreicht (EU: 460). Zugleich erreichen die Kompetenzwerte in Deutschland in allen drei Bereichen den niedrigsten Stand seit Beginn der PISA-Erhebungen und liegen sogar unter dem Niveau der ersten PISA-Studie vor 25 Jahren.

13. Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler in der EU

Wie das Statistische Amt der Europäischen Union (EU) am 8. September 2026 [mitteilte](#), besuchten 2024 23,2 Millionen Kinder eine Grundschule in der EU. Das waren 0,2 Prozent weniger als 2023. Im Vergleich zu 2014 ist die Zahl um 2,9 Prozent gestiegen. In Deutschland fiel dieser Zuwachs mit 15,5 Prozent deutlich stärker aus. Die meisten Grundschülerinnen und Grundschüler gab es in

Frankreich mit 4,1 Millionen, gefolgt von Deutschland mit 3,3 Millionen, Spanien mit 2,8 Millionen und Italien mit 2,6 Millionen. Außerdem sank das durchschnittliche Verhältnis der Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft in der EU zwischen 2014 und 2024 von 14,2 auf 13,3, in Deutschland von 15,4 auf 15,2.

14. Zahl der Eingliederungshilfen für junge Menschen

Wie das Statistische Bundesamt am 9. September 2026 [mitteilte](#), wurden 2024 in Deutschland gut 174.000 Eingliederungshilfen für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige mit seelischer Behinderung gewährt – mehr als doppelt so viele wie 2014. Die häufigsten Gründe waren psychische Belastungen und Entwicklungsauffälligkeiten sowie schulische oder berufliche Probleme. Die Ausgaben für diese Hilfen für minderjährige Kinder und Jugendliche beliefen sich 2024 auf 3,5 Milliarden Euro und haben sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verdreifacht. Gleichzeitig nahm die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt „emotionale und soziale Entwicklung“ um 44 Prozent auf 111.700 im Schuljahr 2024/2025 zu.

15. Mehr Kinderbetreuung stärkt Erwerbstätigkeit und Einkommen von Müttern

Der Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren verbessert die Erwerbs- und Einkommenschancen von Müttern deutlich. Eine am 8. September 2026 [veröffentlichte](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt, dass rund 56 Prozent des Rückgangs der Erwerbseinbußen von Müttern seit 2007 auf den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten zurückzuführen sind. Mütter arbeiten dadurch langfristig häufiger in Vollzeit und seltener in geringfügiger Beschäftigung. Auch für die Freien Berufe unterstreichen die Ergebnisse, wie wichtig verlässliche Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Fachkräftesicherung und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen ist.

16. Bildungsstand bei Paaren

Wie das Statistische Bundesamt am 8. September 2026 [mitteilte](#), hatten 63 Prozent der gemischtgeschlechtlichen Paare in Deutschland 2025 beide Partner einen gleichen oder ähnlichen Bildungsabschluss. Bei einem Viertel der Paare war der Mann formal höher gebildet, während bei 13 Prozent die Frau einen höheren Bildungsabschluss hatte. Auch bei gleichgeschlechtlichen Paaren zeigte sich eine hohe Übereinstimmung des Bildungsstands: Bei 63 Prozent hatten beide Partner einen gleichen oder ähnlichen Bildungsabschluss. Bei Frauenpaaren lag dieser Anteil bei 65 Prozent, bei Männerpaaren bei 61 Prozent. Die Ergebnisse basieren auf Daten des Mikrozensus 2025, bei dem die Bildungsabschlüsse nach der internationalen ISCED-Klassifikation eingeordnet werden.

17. Arbeitszeitwünsche: Mehr Menschen wollen weniger arbeiten

2025 wollten 3,8 Millionen Erwerbstätige in Deutschland ihre Arbeitszeit reduzieren, während 1,5 Millionen länger arbeiten wollten. Das geht aus Erstergebnissen des Mikrozensus hervor, die das Statistische Bundesamt am 4. September 2026 [veröffentlichte](#). Beschäftigte mit Reduzierungswunsch arbeiteten durchschnittlich 40,9 Stunden pro Woche und wollten ihre Arbeitszeit um 10,5 Stunden verkürzen. Erwerbstätige mit Mehrarbeitswunsch kamen auf 26,2 Wochenstunden und wollten ebenfalls 10,5 Stunden mehr arbeiten. Würden sämtliche Arbeitszeitwünsche umgesetzt, ergäbe sich rechnerisch eine Verringerung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit um 0,6 Stunden.

18. Clusterförderung stärkt vor allem KMU

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) profitieren besonders stark von der Förderung regionaler Innovationsnetzwerke. Das zeigt eine Studie unter Beteiligung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die am 9. September 2026 [veröffentlicht](#) wurde. Untersucht wurde der Spitzencluster-Wettbewerb, bei dem 15 Cluster mit rund 600 Millionen Euro öffentlich gefördert wurden. Geförderte KMU investieren mehr, bauen Beschäftigung auf und steigern ihre Patent- und Innovationsaktivitäten. Ihr Anlagevermögen liegt während des Förderzeitraums durchschnittlich rund 50 Prozent über dem vergleichbarer, nicht geförderter Unternehmen. Die Forschenden empfehlen, künftige Clusterprogramme stärker an den Bedürfnissen von KMU auszurichten.

